

7 Uhr. Achtung, bitte.

Ö1. Morgenjournal.

Guten Morgen aus dem Journalstudio. Begrüßt Sie Franz Renner.

Donnerstag der 31. August ist Morgenjournal heute unter anderem mit diesen Themen.

Die Wohnbaugenossenschaften bezeichnen den Mietendeckel der Bundesregierung wörtlich als Schuss ins Knie des gemeinnützigen Wohnbaus.

Fast nur Kritik also an diesem Mietendeckel.

Wir analysieren das mit Klaus Webhofer, dem Leiter unserer Innenpolitik.

Nach Toledo in Spanien gehen wir, wo die Außenministerinnen und Minister der EU heute tagen. Um ein neues, noch größeres Rüstungspaket für die Ukraine geht es unter anderem. Wir sprechen live mit Außenminister Alexander Schallenberg in Toledo.

Hundert neue Kassenstellen hat die Regierung bis Jahresende versprochen.

In den Bundesländern fehlen aber die Ärzte dafür.

Auch die dafür vorgesehenen Fachbereiche sind oft die Falschen.

Und wir berichten über den neuen Dokumentarfilm von Kurt Landbein.

Projekt Ballhausplatz heißt der nach einem Strategiepapier aus dem Team von Sebastian Kurz und darum geht es auch um den Weg von Kurz ins Kanzleramt.

Das und mehr gleich. Eingangs aber wie gewohnte Wetterprognose.

Es bleibt frisch und es geht wechselhaft zu. Kaum zieht das eine Regenband Richtung Ungarn ab, kommt das nächste Wolkenband mit Schauern von Westen herein.

Und Schauer sind heute den ganzen Tag und über ganz Österreich verteilt möglich.

Zeitweise scheint aber auch überall die Sonne.

Der Osten Österreichs wird es auf die meisten Sonnenstunden bringen.

An der Nordseite der Alpen und im Osten lebhafter bis starker Westwind, so in Niederösterreich und in Mittle bis zu 60 Kilometer pro Stunde.

Und die Höchststärke 16 bis 24 Grad in 2000 Meter 6 bis 10 Grad.

Momentan in Wien 12 bis 16 Grad.

Eisenstadt 15, St. Pölten und Linz 13 Grad, Salzburg 12, Innsbruck 10,

Prägens 13 Grad, 14 und Klagen vor 13 Grad.

Morgen werden es 21 bis 27 Grad und am Wochenende dann schon 23 bis 29.

Danke Kunder Schuller.

Wir beginnen in Spanien, in Toledo, dort wo die spanischen Könige früher ihre Waffen schmieden ließen.

Diskutieren die Außenministerinnen und Minister der EU heute über ein neues, noch größeres Waffenfinanzierungspaket für die Ukraine.

Daran hatten sich gestern schon Verteidigungsministerinnen und Minister abgearbeitet.

Das Paket sieht EU-Rüstungsmilliarden für die Ukraine bis 2027 vor.

Die Krise der europäischen Außenpolitik in der Sahelzone und der Bedeutungsschwund der EU dort sind ebenfalls Themen aus Toledo berichtet, Benedikt Feichtner.

Die EU ist auf die Zusammenarbeit mit den Staaten der Sahelzone angewiesen, nicht nur aber vor allem im Bereich der Migration.

Wohl auch deshalb will die EU den Putzchen-Niger nicht nur mit Worten verurteilen.

Das weitere Vorgehen müssen jedoch eng mit der ECOVAS-Gruppe der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft abgesprochen werden,

erfordert der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell.
Wir sind uns einig, dass es afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme braucht.
Das bedeutet, dass wir die ECOVAS-Gruppe unterstützen werden.
Sie müssen eine Entscheidung treffen, wie sie auf den Putzch reagieren.
Wenn sie Sanktionen beschließen, könnten wir uns anschließen.
Allerdings seien auch eigene EU-Sanktionen in Vorbereitung.
Sowohl Deutschland als auch Frankreich fordern diese.
Denkbar wären etwa Vermögens- und Einreisesperren.
Für Diskussionen beim Treffen der Verteidigungs- und Außenministerinnen und Minister
sorgt die weitere Unterstützung der Ukraine.
Einen Vor- gefüllt mit jährlich fünf Milliarden Euro bis 2027
wünscht sich der EU-Außenbeauftragte Borrell.
Geld, das der Ukraine als Militärhilfe zur Verfügung gestellt werden soll.
Schleppend laufen auch die versprochenen Munitionslieferungen.
Ich glaube, dass wir unsere Hausaufgaben gemacht haben.
Wir bezahlen die Munition, die EU-Länder an die Ukraine liefern.
Und wenn nichts mehr geliefert wird, weil die Arsenale leer sind,
dann ist das ein Anreiz für die EU-Außenbeauftragte Borrell.
Ich glaube, dass wir unsere Hausaufgaben gemacht haben.
Wir bezahlen die Munition, die EU-Länder an die Ukraine liefern.
Und wenn nichts mehr geliefert wird, weil die Arsenale leer sind,
dann ist das ein Anreiz für die Rüstungsindustrie,
die Produktionskapazitäten zu erhöhen.
Dass das dauern kann, sei ihm bewusst so Borrell.
Von den versprochenen 1 Mio. Schuss Artilleriegranaten
wurden bislang weniger als ein Drittel geliefert.
Und in Toledo bin ich jetzt live verbunden
mit Außenminister Alexander Schallenberg. Guten Morgen aus Wien.
Guten Morgen.
Herr Außenminister, wir haben den Vorschlag des EU-Außenbeauftragten gehört.
Er schlägt einen Fonds für Militärhilfe für die Ukraine vor.
Insgesamt 20 Milliarden Euro bis 2027.
Findet dieser Fonds ihre Zustimmung?
Die österreichische Position ist klar und bleibt auch völlig unverändert.
Wir als Österreicher liefern keine Waffen,
während das auch in Zukunft nicht tun.
Es ist aber auch gleichzeitig klar,
dass wir noch keinen Ende der russischen Aggression sehen
und dass wir sich einen langen Atem brauchen werden.
Ich glaube, dass wir diesen Vorschlag der 20 Milliarden Euro,
da geht es um 5 Milliarden Euro pro Jahr,
nicht als Einzelmaßnahme sehen sollten,
sondern gemeinsam mit dem Paket diskutieren sollten,
dass die Kommissionspräsidentin von der Laien vorgeschlagen hat,

dass 50 Milliarden Euro makroökonomische Hilfe und Budgethilfe umfasst hat.
Und ich glaube, das sollte im Paket diskutiert werden.
Das macht keinen Sinn, wenn wir die Einzelmaßnahmen herausgreifen.
Ich würde mal sagen, es wird auch hier in Toledo natürlich keine Entscheidung gefällt werden.
Eines ist klar, wir werden die Ukraine weiter unterstützen müssen, aber ob es um diese Beträge geht oder nicht, das würde ich noch dahin gestellt lassen.
Es soll ein eigener Fonds werden.
Jetzt wird die Militärhilfe für die Ukraine aus der sogenannten Friedensfazilität der EU bezahlt.
Da zahlt auch Österreich ein, nur für nicht Militärisches.
Erste technische Frage, wie viel hat Österreich seit der Gründung der Fazilität im Jahr 2021 schon eingezahlt?
Also wir haben bei der Ukraine 153 Millionen, das ist der österreichische Beitrag, aber noch einmal um das ganz klar zu machen, das ist nicht für letales Gerätschaft, das ist nicht für Waffen.
Da machen wir nicht mit, das verstehen auch unsere Partner und das verstehen auch die Ukraine.
Wir machen sozusagen beim humanitären Wille mit.
Und der Ukrainefonds, diese Ukrainefazilität, das ist genau das Paket der 50 Milliarden, die von der Kommission zusätzlich vorgeschlagen wurden.
Ich weiß, es ist jetzt ein bisschen viele Vorschläge von der Kommissionsseite auf dem Tisch.
Und genau deswegen sagen wir, diskutieren wir das bitte nicht einzeln, sondern es geht um die Gesamtunterstützung.
Sie kennen die politische Problematik dahinter freilich.
Es geht darum, für was und in welchem Topf zahlt Österreich ein.
Bei der Friedensfazilität haben wir quasi diese Ausnahmeregel.
Wir zahlen nur für nicht Militärisches.
Das heißt, dieser neue Fond dann möglicherweise, da wären wir dann auch nicht dabei und müssten halt, wenn wir was beitragen wollen, für humanitäres, für wirtschaftshilfe, woanders einzahlen.
Wir machen sicher nicht mit bei der Unterstützung für Waffenlieferungen.
Das haben wir in der Vergangenheit nicht gemacht.
Das ist mit unserer Neutralität schlicht und ergreifend nicht vereinbar.
Und diese klare Linie wird von uns weitergezogen.
Mein Verständnis sage ich,

ist, dass das weiterhin der EFF sein wird,
also der europäische Friedensfazilität,
und nicht ein eigener Fond.

Aber das innertechnische Detail für uns ist ganz klar,
die österreichische Bundesverfassung, die österreichische Neutralität
gilt, so wie seit dem 24. Februar letzten Jahr,
dass das Russland in Angriff gestartet hat.

Österreich wird sich nicht bei Waffenlieferungen beteiligen
oder bei deren Finanzierung.

Herr Ausminister, vor drei Tagen haben Sie in einem gemeinsamen
Zeitungskommentar mit dem ukrainischen Außenminister
die Unterstützung der Ukraine bis zur Wiederherstellung
der vollen territorialen Integrität beteuert.

Heißt, bis zur Befreiung aller von Russland besetzten Gebiete.
Hand aufs Herz.

Und ich weiß schon, als Diplomat sind Sie so etwas wie ein Meister
der rhetorischen Goldwaage.

Glauben Sie wirklich, dass das gelingen kann?

Militäre steuert ja nach wie vor nichts darauf hin.

Also danke für die Rosen.

Aber ich glaube, dass ich doch hin und wieder
sehr deutliche Worte finde.

Es ist doch so, dass als Russland illegal die Krim besetzt hat
und dann annektiert hat, dass wir das nicht akzeptiert haben.

Nicht nur das Europäische Union nicht,
sondern auch im Rahmen der UNO nicht.

Ja, aber Bunden eingeladen haben wir trotzdem, wie wir wissen.

Ja, das ist aber jetzt was anderes.

Da vermischen Sie sozusagen zwei Themen.

Wir haben die Annexion nie akzeptiert.

Wir haben auch Sanktionen, die immer noch in Kraft sind,
verhängt.

Und es ist daher aus unserer Warte,
die Krim weiterhin teilt, dieser territoriale Integrität,
unsere Integrität der Ukraine.

Und unsere Unterstützung ist darauf geredet.

Herr Hausminister, meine Frage war eine andere.

Wer glaubt, ehrlich gesagt, noch daran,

dass es der Ukraine gelingen wird,
die besetzten Gebiete militärisch zu befreien
und die Frage, die dahintersteht,

heißt es wirklich Krieg bis zur Bitterneige
oder gibt es Alternativen?

Ein eingefrorener Krieg zum Beispiel.

Also, natürlich gibt es leider Gottes
oder gibt es Alternativen
und selbstverständlich bin ich der Erste,
der Raum für Diplomatie will.
Ich will ja, dass auch wieder Frieden herrscht,
aber es kann kein von Russland diktiert Frieden sein.
Und letztlich wird es ein Kierfliegen zu entscheiden,
wann dieser Schritt gesetzt wird.
Es darf keine Verhandlungen über die Ukraine,
ohne die Ukraine geben.
Und ich will dann schon noch anmerken,
wer hätte am 22. oder 23. Februar erwartet,
dass die Ukraine 1,5 Jahre sich verteidigen.
Das sind derartigen Mutaufweisen.
Das war doch allen Teilen wurde angenommen,
das wird ein paar Wochen dauern
und dann haben die Russen Kierf eingenommen
und sozusagen haben wir einen militärischen Erfolg.
Die Situation ist eine ganz andere.
Also, ich würde auch jetzt davor warnen,
vor einige Schlüsse zu ziehen.
Für uns ist klar, wenn ein Staat A glaubt,
einen Staat E einfach überfallen zu wollen
und zu können, dann müssen wir den unterstützen.
Das ist auch ein Thema der Grundprinzipien
des Völkerrechts nach dem 2. Weltkrieg.
Darf ich Sie zusammenfassen,
wenn Kier wildern, wollen wir auch möglicherweise
vorher schon aufhören mit dem Krieg.
Herr Außenminister, eine Frage hätte ich noch
mit der Bitte um eine kurze Antwort.
In Niger geht es jetzt unter anderem,
also in der Sahelzone, wo die Militärs ja ganz genau wissen,
wie sehr die EU sie braucht.
Stichwort Migration aus Afrika.
Da stehen jetzt Sanktionen.
Der EU im Raum gegen Niger sind wir für diese Sanktionen.
Also, ich glaube, 3 Punkte.
Sehr wesentlich ist es hier,
die afrikanischen Nationen allen voran,
die Westafrikanische Union,
dann Präsident doch heute in Toledo,
bei unserer Sitzung ist, gemeinsam mit
dem Außenminister Nigers,

dass die hier eigentlich das Heft in der Hand haben.
Es sollte, und da stimme ich mir in Hohenvertret,
überein, afrikanische Lösungen
für afrikanische Probleme geben.
Wir müssen uns hüten wieder als Westen
und vor allem die Europäische Union
und fast die mehrere ehemalige Kolonialmächte
in Afrika, das wird ein Eindruck erwecken.
Wir werden das von außen auf auftruieren.
Herr Außenminister, verzeihen Sie,
Sie sitzen natürlich in Wien
und es ist schwierig zu interagieren.
Uns läuft die Zeit davon.
Sind wir für die Sanktionen oder nicht?
Ja, also ich bin dafür,
dass wir die von der ECOVAS
vorgeschlagenen Sanktionen unterstützen,
dass wir ihre regionale Verantwortung unterstützen
und hier gegen die Putschisten,
wenn ECOVAS das entsprechend auch von uns
ersucht, hier diese Putschisten
unter Sanktionen stellen.
Aus Minister Alexander Schallenberg
in Toledo war das.
Danke, dass Sie so früh für uns Zeit gehabt haben.
Einen guten Tag.
Danke sehr. Auf Wiedersehen.
In Niga, im schon angesprochenen Niga,
war der mit heutigem Datum gezählt
vorletzte Militärputsch-Invest
und Zentralafrika insgesamt acht Warnes
in den vergangenen drei Jahren,
der bislang letzte in Gabun,
wo der Sicherheitsapparat den bis zuletzt
v.a. Alipongo gestürzt hat.
Ausgerechneter Chef der Leibgarde des Präsidenten
ist nun zum Übergangs-Präsidenten ernannt worden.
Auch der ist in Sachen Korruption,
kein Unbedarfter Karin Koller berichtet.
Nur wenige Stunden nach ihrer Machtübernahme in Gabun
haben die Militärs noch am Abend
einen Übergangspräsidenten eingesetzt.
General Oligine Gemabris
wurde einstimmig zum Chef

der Übergangsregierung bestimmt.
Er klärt ein Sprecher im garbunischen Fernsehen.
Gemabris war bisher Chef der Republikanischen Garde,
eine Elite-Einheit der Armee.
Und er war zuständig für den Schutz des Präsidenten.
Die Republikanische Garde hat gestern gemeinsam mit Soldaten
der regulären Armee
und Polizisten gegen Präsident Alipongo geputscht.
Der 64-Jährige und seine Familie wurden festgenommen,
sie stehen unter Hausarrest.
Die Putschisten werfen der Pongo-Familie vor,
das erdölreiche Land über Jahrzehnte
hindurch ausgebütet zu haben,
während die Bevölkerung in tiefer Armut lebt.
Die Familie Pongo zählt zu den reichsten Familien der Welt.
Ihnen gehören unter anderem eine private Flugzeugflotte,
Luxusautos und auch Dutzende Residenzen in Frankreich.
UN-Generalsekretär Antonio Guterres
verurteilte Militär Putsch
als Lösung für politische Probleme,
erklärt sein Sprecher am Abend in New York.
Die afrikanische Union und die ehemalige Kolonialmacht Frankreich
fordern die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung.
Der Militär Putsch in Gabon
ist der achte Putsch in West- und Zentralafrika seit 2020.
Zuletzt hat dem Juli Iniga das Militärdümacht übernommen.
In die österreichische Innenpolitik
hat die Bundesregierung gestern einen Mietenteckel verkündet,
für den sie aber nicht Dankbarkeit,
sondern fast von allen Seiten hauen und Kritik kehren.
Die Wirtschaftsforscher einmal ausgenommen, die meinen,
ein bisschen was wird der Deckel vielleicht schon bewirken.
Und sei es nur in der einzigen Zielgruppe,
die bei sinkender Inflation im kommenden Jahr
mit einer Mieterhöhung um bis zu 15 Prozent rechnen muss,
um einen Teil der Mieterinnen und Mieter
im gemeinnützigen Wohnbau geht es.
Dass die aber den Mietenteckel so ganz besonders brauchen,
wird vom Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen bestritten.
Der Verband bezeichnet den Mietenteckel wörtlich
als Schuss ins Knie.
Rund 1,7 Millionen Mietwohnungen gibt es in Österreich.
Etwa 700.000 davon fallen unter den sogenannten
gemeinnützigen Wohnbau.

Gemeint sind damit Wohnungen, die von Bauvereinigungen gebaut wurden, die nicht profitorientiert wirtschaften dürfen.

Alle zwei Jahre dürfen sie aber den sogenannten

Erhaltungs- und Verbesserungsbetrag

und in ausfinanzierten Wohnprojekten,

bei denen also kein Kredit mehr abbezahlt werden muss,

auch die Miete an die Inflation anpassen.

Das wären im kommenden Jahr

etwa 15% und würde knapp die Hälfte

aller gemeinnützigen Wohnungen betreffen,

wie Michael Klien,

Wohnbauexperte am Wirtschaftsforschungsinstitut wie vor sagt.

Bei den betroffenen Wohnungen im gemeinnützigen Segment

handelt es sich wirklich um das günstigste Segment.

Da sind die sogenannten Grundmieten betroffen.

Da sind Quadratmeterpreise von 2, 3 bis vielleicht 4 Euro

am Quadratmeter zu bezahlen.

Das sind ausfinanzierte Wohnungen,

da sind also keine Finanzierungskosten mehr zu bezahlen.

Und deshalb können die Gemeinnützigen

diese Wohnungen auch zu diesen günstigen Kosten anbieten.

Der Mietpreisdeckel treffe daher die falschen,

sei Klaus Baringer, Vorstand des österreichischen Verbands
gemeinnütziger Bauvereinigungen.

Also aus der Sicht des Verbands

der gemeinnützigen Bauträger Österreichs

muss ich festhalten,

dass diese Maßnahme der österreichischen Bundesregierung

ein Paradebeispiel dafür ist,

wie man dem österreichischen Herzeigemodell

des Leisbahnwohnens zielsicher ins Knie schießen kann.

Den Gemeinnützigen würden durch den Deckel im nächsten Jahr

160 Millionen Euro fehlen, rechnet Baringer vor.

Geld, das eigentlich für die Instandhaltung

und den Neubau von gemeinnützigen Wohnprojekten vorgesehen ist.

Von den 160 sind es 100 Millionen, die für die Erhaltung

und Sanierung sind.

Und 60 Millionen, die im Kreislauf des Generationenprinzips

der Wohnungsgemeinnützigkeit als Einnahme der Gemeinnützigen
in den Neubau investiert werden sollen.

Das heißt, die 60 Millionen fehlen uns im Neubau

und die 100 Millionen fehlen uns in der Instandhaltung

und das jährlich.

Wenig Freude am Mietendeckel werden auch Allene haben,

die ihn noch nicht ausfinanzierten
gemeinnützigen Wohnungen leben.
Hier zahlen die Mieter Kostendeckend Miete
bis eben der Kredit abbezahlt wurde.
Für diese Mieten gilt der Mietendeckel allerdings nicht.
Von den gemeinnützigen Bauträgern
über die Immobilienwirtschaft bis zur Mietervereinigung,
die Kritik am Mietendeckel der Regierung ist einhellig
und milde ausgedrückt eher negativ
von der vernichteten Kritik der Opposition gar nicht einmal zu reden.
Bei mir im Studium ist Klaus Weber,
Leiter unseres Innerpolitikressorts.
Guten Morgen.
Guten Morgen.
Klaus, kannst die Regierung nicht besser oder wollte es in dem Fall gar nicht?
Ich glaube, die Kritik, dass der Deckel spät kommt
und zu wenig eingreift in die inflationsgetriebenen Mieten,
das trifft es ganz gut.
Ja, wenn er den greifen soll,
da ist ja nach alten Prognosen der Wirtschaftsforschung
die große Inflationswelle dann schon abgehebt.
Große Mieterhöhungen sind in diesen letzten zwei Jahren
dann schon passiert, teils über 20 Prozent.
Und dort, wo nächstes Jahr der Deckel wirklich was bringen wird,
bei einem Teil der gemeinnützigen Wohnungen,
der Hälfte etwa,
wir haben es gerade im Beitrag von Max Nikols gehört,
da sprechen wir aber ohnehin von niedrigen Mieten
und möglicherweise schädlichen Nebeneffekten.
Außerdem profitieren da jetzt nicht nur Arme davon.
Andererseits schaut er durchaus große,
freie, private Wohnungsmarkt,
wo es um ganz andere Quadratmeterpreise geht,
erstmal durch die Finger.
Ich denke, zusammengeht fast der ÖVP,
die sich in ihrem Selbstverständnis
ja weniger als Partei der Mieterinnen und Mieter sieht,
sondern mehr als Partei der Eigentümer, der Häuselbauer,
ist aber langsam gedämmert in den letzten Monaten,
dass das Thema da nicht von alleine weggeht, das Mietthema,
dass die steigenden Mieten und deren Leisbarkeit
ein echtes Problem im Land sind
und dass ihr diese starre Haltung
bei näher rückenden Wahlen auf den Kopf hält,

so hat die ÖVP zumindest ein Minimum zugelassen.
Ein Minimum, also Niederschwellig hat es die Regierung angelegt.
Hatte das dann nur,
vor allem die Motivation der Opposition gestern
bei der Nationalratssondersitzung die Show zu stellen?
Das war sicher kein Zufall,
dass die Regierung das rund um diese Sondersitzung platziert hat,
um da der Opposition ein wenig den Winter aus den Segeln zu nehmen.
Das ist ja ja auch vorzüglich gelungen.
Deswegen wird aber das Paket nicht besser.
Der, wenn ich jetzt mal so sagen darf, Treppenwitz,
ist ja das im Frühjahr genau das, was jetzt kommen soll,
noch gescheitert war.
Damals hat Karl Nehammer der Bundeskanzler
das Scheitern der Verhandlungen damit erklärt,
dass der ganze freie große Wohnungsmarkt
nicht umfasst gewesen wäre vom Mietpreisdeckl
und dass man das eben nicht hinnehmen könnte.
Aber genau das kommt jetzt, genau so kommt es jetzt.
Schlüsse gar klären konnte, dass Nehammer,
also diesen Sinneswandel von ihm
in meinen Augen gestern in der Pressekonferenz nicht.
Und zu streng wollen, soll man ja auch nicht sein.
Die Regierung verspricht, einen Gebührenstopp
in den Gemeinden zu finanzieren,
der Preis für die Alterbahnvinäte
und das Klimaticket wird eingefroren.
Gibt es beim Gebührenstopp noch Fußangeln
oder ist das schon die sprichwörtliche Gmattewiesen?
Na, wenn da alle mitmachen,
das heißt also nicht nur der Bund mit seinen Gebühren,
zwei haben sie gerade erwähnt, aber vor allem auch die Länder,
dann bringt das schon was.
Wenn nämlich alle öffentlichen Gebühren eingefroren werden,
dann macht das laut den Wirtschaftsforschern
jedenfalls mehr aus, als das, was jetzt bei den Mieten erwartet wird.
Das könnte dann die Inflation schon
einen knappen Prozentpunkt drücken.
Bei den Mieten reden wir ja nur von
wenigen Zehntelprozentpunkten als Effekt.
Eine letzte Frage noch zur Aufstellung.
Sie haben schon angesprochen,
der größeren Regierungspartei der ÖVP.
Die hat ihre ganze strategische Kommunikation

auf den Kampf um die Wählerschnittmenge
mit der FPÖ ausgerichtet,
mit welchem Effekt beziehungsweise Erfolg.
Bisher lässt sich das sagen.
Die ÖVP hat die Entscheidung getroffen,
dass die FPÖ ihr Entgegner ist.
Die neue SPÖ von Andreas Babler nicht.
Da kapert sie eben Themen der Freitliche
mit dem Sommer die Rettung des Bargels vorbei.
Ich muss mich schon korrigieren,
dass die Freitlichen ihr außerkorrener Entgegner sind.
Das ist sogar nicht.
Es ist nur die Person Herbert Kickel.
Der Erfolg, würde ich sagen, ist bisher sehr überschaubar.
Dass die Freitlichen für die ÖVP
als nächster Koalitionspartner
infrage kommen, ist evident.
Nur, wie die Volkspartei aus dieser Kickelnummer herauskommt,
den sie als Partner ja ablehnt,
ist mir jetzt noch nicht ganz klar.
Ich bin aber sicher, es wird nicht an Fantasie mangeln,
wenn es mal so weit ist.
Das hat man ja auch in Niedersdreich und Salzburg gesehen.
Ich danke auch noch einen guten Arbeitstag
zu einer anderen Ankündigung der Bundesregierung,
nämlich der, bis zum Jahresende
100 neue Kassenarztstellen zur Verfügung zu stellen.
Anders als beim Mietendeckel gab es bei den Erektionen
darauf auch freundliche Nasenlöcher,
weil der Teufler aber bekanntlich im Detail steckt,
werden die kritischen Stimmen jetzt lauter.
Das hat zwei Gründe.
Wenn es zu wenig Ärztinnen und Ärzte gibt,
helfen auch neue Kassenarztstellen nicht.
Vorgesehen sind die neuen Kassenarztstellen von der Regierung
vor allem für die Fächer Allgemeinmedizin,
Gynäkologie sowie Kinder- und Jugendheilkunde.
Gebraucht würden sie aber auf den anderen Bereichen,
wie ein Rundruf von Tanja Malle und Victoria Waldecker
durch die Bundesländer ergeben hat.
100 neue Kassenstellen.
Das sei keine Erleichterung, heißt es aus Kärnten.
Denn bereits jetzt seien freie Kassenstellen
enorm schwer zu besetzen,

gerade bei den Allgemeinmedizinern.

Die von der Regierung gewählten Bereiche seien die Falschen.

Stattdessen würden in Kärnten Augenärztinnen,

Dermatologen, Neurologen und Psychiaterinnen fehlen.

Erklärte die Kärntnerärztekammer gegenüber der kleinen Zeitung.

Etwas vorsichtiger formuliert man die Bedenken in Vorarlberg.

Generell begrüße man jede neue Kassenarztstelle,

sagt die Vorarlberger Gesundheitslandesrätin

Martina Röscher von der ÖVP.

Wir lesen aber noch mehr Bedarf aus unseren Zahlen,

und dort haben wir insbesondere in den Bereichen

der Anästhesie einen großen Handlungsbedarf.

Und wenn man bedenkt, dass man die ja braucht,

um sämtliche Operationen umsetzen zu können,

dann ist das bei uns natürlich auch eine sehr, sehr hohe Priorität.

Auch Augenärztinnen, Chirurgen und Psychiater,

speziell auch für Kinder und Jugendliche,

fehlen in mehreren Bundesländern.

Die Vorgabe des Bundes trifft also nicht überall den Bedarf.

Und Diskapsis ist groß,

ob die neugeschaffenen Kassenstellen überhaupt besetzt werden können,

trotz des Startbonus.

Denn in Oberösterreich sind aktuell bereits 70

niedergelassene Kassenstellen unbesetzt,

heißt es in einer schriftlichen Stellungnahme.

Das spüren wir natürlich im Krankenhaus,

dass nicht das Auffangbecken für eine ungenügend Versorgungsstruktur

im niedergelassenen Bereich sein sollte.

Im Bogenland sieht man hinter der Ankündigung der Bundesregierung

deshalb eher einen kosmetischen Charakter.

Und auch der Wiener Gesundheitsstatrat

Peter Hacker von der SPÖ bezweifelt,

dass sich Ärztinnen und Ärzte

für die neuen Kassenstellen melden werden.

Ich kann es mir kaum vorstellen, ehrlich gesagt,

weil wir mit Händen und Füßen raufen,

nämlich in diesem Fall sogar gemeinsam,

die Sozialversicherung und die Ärztekammer,

um genügend Ärztinnen und Ärzte zu finden,

die die Primärversorgungszentren besetzen.

In Wien würden Kassenärzte an allen Ecken und Enden fehlen.

Mit den Vorgaben des Bundes zu den neuen Stellen

habe man deshalb kein Problem.

Dennoch wolle man in solchen Fragen künftig mitreden, sagt Hacker,

und verweist einmal mehr auf die Forderung der Länder im Finanzhaus gleich.

Die Länder entscheiden gemeinsam über das, was wir brauchen in der versorgenden Beschützung. Aktuell liegen die Entscheidungen aber beim Bund und den Sozialversicherungen.

Auf Nachfrage heißt es im Gesundheitsministerium, der Schwerpunkt der 109 Kassenstellen werde wir angekündigt in den Bereichen allgemein Medizin, Gynäkologie und Kinder- und Jugendheilkunde liegen.

Sollte es regional anderen Bedarf geben, könne man darüber aber reden.

Im Herbst sollen die Stellen und der Startbonus im Parlament beschlossen werden.

Bisher haben es dazu allerdings noch keine Gespräche gegeben.

Heißt es von der österreichischen Gesundheitskasse.

Zur Kultur, wir bleiben aber bei der Innenpolitik.

Aber ja, das geht.

Projekt Ballhausplatz, so war das Strategiepapier für den Weg von Sebastian Kurz ins Kanzleramt, betitelt Projekt Ballhausplatz,

heißt auch der neue Dokumentarfilm von Kurt Langbein, der eben diesen Weg nachzeichnet.

Filmpremiere ist am 13. September, wenn er feichter war wie immer früher dran.

Ein ÖVP-Kabinettsmitarbeiter als Hure der Reichen, Jets, in denen kein Wunsch offen bleibt, kriegst eh alles, was du willst.

Busses für den Lieblingskanzler, in serratener Fähre gefälschte Meinungsumfragen, die Ordnung roter Netzwerke in der Justiz.

In kompakten knapp 100 Filmminuten zusammengefasst wirken all die Episoden, Nachrichten, die Reden und Ausreden noch einmal peinlicher, höhnischer bisweilenzynischer und skrupelloser.

Aber Sebastian Kurz, 2019, nach Veröffentlichung des Ibiza-Videos.

Was wirklich schwerwiegend und problematisch ist, das sind die Ideen des Machtmissbrauchs, die Ideen zum Umgang mit österreichischem Steuergeld und natürlich auch das Verständnis gegenüber der Medienlandschaft in unserem Land.

Johann Gudenos, ehemaliger FPÖ-Politiker und als solcher Protagonist des Ibiza-Videos,

meint im Film.

Ich habe kurz das Video gesehen und dann hat es sich geholt.

Regisseur Kurt Landbein fast einige Zutaten
des rasanten türkischen Aufstiegs so zusammen.

Eine hohe Professionalität in dem, was man Polithandwerk nennt,
eine extremes Gruppellosigkeit

und eine intime Kenntnis,

wie Machtmechanismen in Österreich funktionieren.

Während in der Filmmusik Volkslieder
aus Wien und Niederösterreich von Musikern

aus dem Westbalkan dekonstruiert werden,

werden in zahlreichen Interviews

Aufstieg, Fall und Methoden von Sebastian Kurz
rekonstruiert und analysiert.

Neopolitiker Helmut Brandstädter

etwa erinnert sich als ehemaliger Chefredakteur
des Kurier an Kurzwunsch

nach wohlgesonnener Berichterstattung.

Da hat er sehr deutlich gesagt,

ich erwarte die Klarunterstützung des Kurier
bei den Nationalratswahlen im Herbst.

Der ehemalige Chefredakteur

der Flandesstudios Wien, Paul Desarek,

erzählt von Einschüchterungsversuchen.

Ich war völlig baff.

Und dann sagt er, wollen Sie uns so richtig provozieren?

Wollen Sie einen offenen Krieg mit uns?

Kurt Langbein hat unter anderem auch

mit Migrationsforscher Gerald Knaus gesprochen

und mit dem ehemaligen Bundespartei-Vorsitzenden
der Nios, Matthias Strals.

Die Kombination von höchster Professionalität

mit uferlosen Geld und mit der Lüge als Standardinstrument.

Der Falter-Journalistin Barbara Todt,

die bilanziert, dass sich das politische

Selbstverständnis Österreichs

etwa in Bezug auf Solidarität in Krisenzeiten

nachhaltig verändert habe.

Das verdanken wir Sebastian Kurz und seiner Politik.

Anders sein, Anti-Establishment

und FPÖ-Demen aber zukunftsorientiert,

lauteten türkische Farmeln für die Machtergreifung.

Ich hoffe, dass der Film zeigt,

dass perfid eingefädelter und perfekt gemachter

Rechtspopulismus sein kann.

Am Ende des Films listet Kurt Langbein auf,
wer angefragt war, aber keinem Interview zugestimmt hat.

Darunter Reinhold Mitterliner, Dandy,
Fellners und Dichans, Rene Benko,
Gernot Blümel, Bernhard Bonelli
und natürlich Sebastian Kurz.

Vom Dokumentarfilm weiter zum Film Festival,
dem von Venedig das gestern eröffnet worden ist,
in der Streiksinn Hollywood mit deutlich weniger
US-Stars am Roten Teppich als gewohnt.

Eröffnet wurden diese 80. Filmfestspiele in Venedig
irgendwie zeitgeistig mit einem Kriegsfilm,
in dem es schon nach um Heldentum,
vor allem aber um Menschlichkeit und Zivilcourage geht.
Kommandante heißt der Film über die wahre Geschichte
eines italienischen U-Boot-Kapitänes
aus Venedig berichtet Arnold Schnerzinger.

Ob er sich schon einen Anker auf den Oberarm
habe tätowieren lassen,

da müsse er erst seine Frau fragen,
ob sie überhaupt einverstanden sei.

Scherzt, der vielbeschäftigte italienische Schauspieler
Pierre Francesco Favino.

Das ist Spenzel, da kundivido con la mia signora.

Sei d'accord.

Die Ankerfrage scheint nur im ersten Moment seltsam.

Favino spielt im Film Kommandante,
dem heurigen Eröffnungsfilm des Festivals am Lido,
den italienischen U-Boot-Kapitän Salvatore Todaro,
der 1940 im Zweiten Weltkrieg 26 belgische Besatzungsmitglieder
eines gegnerischen von ihm versenkten Schiffes
an Bord nahm und ihnen damit das Leben rettete.

Feindliches Eisen würde man gnadenlos versenken,
Menschen aber immer retten.

So Todaro im Film.

Noy, affundiamo il cerro nemico, senza pietà, senza paura.

Ma lo amo, lo amo lo salviamo.

Der italienische Regisseur Eduardo de Angeles
verpackt diesen historischen Stoff in eine Heldengeschichte
der etwas anderen Art.

Neigt dabei aber zu marzialischer Rhetorik,
treibt seine Darsteller in übermäßige Theatralik
und ist auch dem Abenteuergedanken nicht abgeneigt.

Im Zentrum bleibt aber eine humanitäre Botschaft.
Für einen Moment hätten sich damals alle Beteiligten ihrer Menschlichkeit versichert, so Regisseur de Angeles.
Hanno salvato la loro umanità.
Per unattimo ci siamo ricordati tutti di essere umani.
Schiffbrüchige Retten an aktuellen Ereignissen kommt man bei diesem Gedanken nicht vorbei und auch Regisseur de Angeles ist unmissverständlich.
Die Gesetze des Meeres, also auch die Pflicht zur Seenotrettung, dürften keinesfalls gebrochen werden.
Esistono delle Legi, eterne, come la Legia del mare e che sono leggi che non vanno in front, mai.
Ob Kommandante für einen goldenen Löwen in Betracht kommt, darüber entscheidet auch der heurige Jurypräsident, der US-amerikanische Regisseur Damian Chassel, bekannt für Filme wie La La Land und zuletzt Babylon.
Vor allem wolle er für die Filme offen sein, nimmt sich Chassel vor.
Zur Jurypressekonferenz erscheint Chassel in einem Solidaritäts-T-Shirt mit den derzeit streikenden Drehbuchautoren und Schauspielern in Hollywood.
Ein Stillstand, der die Beteiligten des gesamten Produktionsprozesses in Mitleidenschaft ziehe.
Und so Chassel weiter, die großen Hollywood-Studios müssten wieder mehr künstlerische Leistungen anerkennen und nicht nur auf x-beliebige Programmfüller setzen.
Und der Nachrichtenüberblick jetzt noch.
Alter, drei Nachher bitte.
Im spanischen Toledo kommen die Außenminister der EU zu einem Treffen zusammen.
Beraten werden soll über weitere Unterstützung für die Ukraine.
Der EU-Außenbeauftragte Borell hatte zuletzt einen 20 Milliarden Euro Fonds für die ukrainischen Streitkräfte vorgeschlagen.
Außenminister Schalenberg stellt im Ö1-Morgenschonach-Interview klar, dass sich Österreich nicht an Waffenlieferungen und deren Finanzierung beteiligen wird.
Ebenfalls auf der Tagesordnung stehen die jüngsten Umstürze in Gabon und Niga.
Hier unterstützt Schalenberg, die von den Ekowas-Ländern vorgeschlagenen Sanktionen gegen die Putschisten in Niga.
Nordkorea hat erneut zweipalastische Kurzstreckenraketen Richtung japanisches Meer abgefeuert.
Es handelt sich um taktische Übungen.
Das Manöverziele darauf ab, den Feinden eine klare Botschaft zu schicken, hieß es vom Militär.

Der Raketenstarter folgte kurz vor Ende einer gemeinsamen Übung Südkoreas und den USA.
Beide Staaten warnen seit Monaten, dass Nordkorea in naher Zukunft einen Atomwaffentest in der Region ausführen könne.
Hurricane Italia ist mit Windgeschwindigkeiten von mehr als 200 Kilometern pro Stunde über den US-Bundestadt Florida gezogen.
Nach Angaben der Polizei kamen zwei Menschen ums Leben. 270.000 Haushalte waren ohne Strom, Straßen wurden überflutet, Gebäude beschädigt.
Auf dem Weg in der Nachbarstadt Georgia hat sich Italia an Geschwindigkeit verloren und sich zu einem Tropensturm abgeschwächt.
Das Wetter heute, frisch und wechselhaft, zeitweise Sonne, aber auch Wolken, Nebel und ein paar Schauer.
Zum Teil kräftiger Westwind, höchstwerte 16 bis 24 Grad.
Das war's aufs erste Umacht folgt.
Morgen schon all Nummer zwei, bis dahin.
Guten Morgen, mit der 1. Bernhard Fellingner, bitte.
Heute vor 175 Jahren am 31. August 1848 fand am Wasserglasier in Wien, das ist auf der Höhe des Park Rings, die Uraufführung eines Marisches von Johann Strauß Vaterstadt, von dem es gar nicht so einfach ist, eine Aufnahme zu finden, in der nicht frenetisch und beschwingt geklatscht wird.
Franz Welser Möst merkte einmal an, der Radetzgemarsch ohne Klatschen ist auf jeden Fall ein besseres Stück.